Die verdrängte Bedrohungslage

Categories : Politik mit Krieg, XXXNewsletter

[vc_row][vc_column][vc_column_text]

Schlafwandler

Eine Welt voller höchst bedrohlicher Krisen, keiner nimmt sie ernst. So war es vor Ausbruch des 1. Weltkrieges

1. Krise im Südchinesischen Meer

Da haben wir die Spratly-Inseln und das Scarborough-Riff im Südchinesischen Meer.

In diesem rund 3,5 Millionen Quadratkilometer großen Gebiet ringt unter anderem China mit den weiteren Anrainerstaaten Malaysia, den Philippinen und Vietnam um die Seehoheit.

Immer wieder kommt es zu Zwischenfällen. Chinesische Seeleute werfen der vietnamesischen Küstenwache vor, auf sie geschossen zu haben. Philippinische Fischer beschuldigen die chinesische Küstenwache, sie bedrängt zu haben.

Zu allem Überfluss betrachten auch noch USA diese Region als ihre Einflusszone und schicken immer wieder Kriegsschiffe in das Gewässer.

> *„Die USA und China werden in den kommenden zehn Jahren einen Krieg über die Inseln im Südchinesischen Meer führen“,*

prophezeit Steve Bannon, bis August Strategieberater von US-Präsident Donald Trump.

Peking beansprucht 80% der rohstoffreichen Gewässer, die sich zwischen China und Malaysia, den Philippinen und Vietnam erstecken. Jeder dieser Staaten lässt künstliche Insel aufschütten, um seine Hoheitsansprüche zu untermauern. Die Volksbefreiungsarmee Chinas hat bereits Häfen, Flugpisten und Raketenbatterien in der Region errichtet.

Immer wieder schickt Washington Kriegsschiffe ins Südchinesische Meer. Damit solle die “internationale Freiheit der Seewege” untermauert werden, begründet das Pentagon die Manöver mit einem erheblichen Mass an Scheinheiligkeit.

US-Außenminister Rex Tillerson setzte kürzlich Chinas Vorgehen mit Russlands Annexion der Krim gleich.

> *„China muss aufhören, Inseln zu bauen und anderen den Zugang zu verweigern“,*

forderte Tillerson.

Die Antwort aus Peking auf das Manöver der „Stethem“ kam prompt: Der Sprecher des Außenministeriums, Lu Kang, verurteilte die Vorbeifahrt als

> *„ernsthafte politische und militärische Provokation“.*

Peking will es sich nicht gefallen lassen, dass die USA ihre Einflusszone weit nach Asien ausdehnen.

> *„Was Washington macht, ist eine klare Provokation“,*

klagt Wang Dong, Professor für Internationale Beziehungen an der Peking-Universität. In Südkorea hätten die USA einen Raketenschild installiert, der nicht nur gegen Nordkorea, sondern auch gegen die Volksrepublik gerichtet sei. Und auch im Südchinesische Meer versuchten die Vereinigten Staaten, ihre Macht zu demonstrieren:

> *„Die USA müssen Chinas berechtigte Interessen akzeptieren. Sonst kann das kein gutes Ende nehmen.“*

Li Jianwei leitet die Abteilung für Maritime Wirtschaft am staatlichen Institute for South China Sea Studies in Haikou, der Hauptstadt der chinesischen Tropeninsel Hainan. Zugleich ist sie eine Vordenkerin, die Chinas Ansprüche in der Region mit historischen Argumenten untermauert.

> *„Natürlich gehören die Gebiete zur Volksrepublik“,*

sagt Li Jianwei.

> *„Seit mehr als 2.000 Jahren ist China dort aktiv. Unsere Fischer haben die Region entdeckt, benannt und erschlossen.“*

Es ist nicht auszuschließen, dass es im Südchinesischen Meer bald zu Konfrontationen auf hoher See kommt. Schon ein kleinerer Zwischenfall kann nach den Worten des chinesischen Admirals Wu Shengli

> *„einen Krieg auslösen“.*

Das wäre nicht nur für die Region ein Desaster.

> *„Hier handelt es sich um den allerwichtigsten Seeweg der Welt, gemessen an der transportierten Tonnage und am Wert der Waren. Wenn diese Region als gefährlicher oder schwieriger eingestuft wird, wird dies das Gleichgewicht des Welthandels empfindlich treffen“,*

warnte der ehemalige US-Diplomat Kurt Campbell bereits im Jahr 2015. Rund ein Drittel des gesamten Welthandels wird durch diese Wasserstraße in Südostasien verschifft.

Die wirtschaftlichen Folgen einer solchen Konfrontation zwischen den beiden Großmächten wären verheerend.

2. Nordkorea - USA

Nur wenige 100 Kilometer entfernt drohen sich auf der koreanischen Halbinsel US-Präsident Trump und der nordkoreanische Diktator Kim Jong Un gegenseitig mit der atomaren Apokalypse.

An seinen Nuklearwaffen bastelt Nordkorea immer weiter. Eine Untersuchung der japanischen Regierung kommt zu dem Ergebnis, dass die Nordkoreaner inzwischen in der Lage sein könnten, nukleare Sprengköpfe so weit zu verkleinern, dass sie sich auf interkontinentale Langstreckenraketen montieren lassen. Damit steigt natürlich das Kriegsrisiko ungemein.

Ausschließen will kein Experte mehr, dass aus dem kalten Krieg auf der koreanischen Halbinsel ein heißer werden könnte – und sei es aus Versehen.

US-Verteidigungsminister James Mattis beschrieb die Folgen eines solchen Kriegs mit einem Wort:

> *„Katastrophal“.*

Er bezog sich damit auf die Zerstörungen in Korea und möglicherweise Japan durch konventionelle, oder auch atomare, biologische oder chemische Waffen des Nordens.

Doch auch wirtschaftlich wären die Auswirkungen weltweit zu spüren, selbst wenn ein Krieg auf Korea beschränkt bliebe. Denn Südkorea ist ein wichtiger Teil der globalen Lieferkette in vielen Branchen.

Nicht nur gehören die koranischen Konzerne Samsung und LG zu den größten Handymarken weltweit, sie sind auch Schlüssellieferanten für andere Tech-Unternehmen. Ein Beispiel sind Flüssigkristalldisplays. Samsung besitzt zudem ein Beinahemonopol auf Displays aus organischen Leuchtdioden (Oleds), die auch Apple künftig einsetzen will.

Noch schlimmer sähe es für alle Firmen aus, die auf Speicherchips angewiesen sind. Samsung ist in diesem Bereich der unbestrittene Weltmarktführer und der Lokalrivale SK Hynix ein

weiterer wichtiger Player. Bei Dram-Speichern hatten Samsung und SK Hynix 2016 einen Weltmarktanteil von rund 70%. Bei großen Lithiumionen-Akkus für Hybrid- oder Elektroautos sind LG und Samsung Nummer zwei und drei im Markt.

Auch als Absatzmarkt spielt Südkorea für insbesondere deutsche Firmen eine große Rolle. Südkoreas Industrie importierte 2016 immerhin Waren für rund USD 19 Milliarden aus Deutschland – vor allem Autos, Maschinen und Anlagen sowie medizinische Geräte "Made in Germany".

Die USA haben Mitte August neue Sanktionen gegen chinesische und russische Firmen verhängt, die sie beschuldigen, den Nordkoreanern bei der Entwicklung ihrer Nuklearraketen zu helfen. Nordkorea wird so zu einem Schauplatz, auf dem auch die Großmächte ihre Kräfte messen.

3. Brexit

Dann gibt es noch den Brexit: Der europäische Staatenbund an der Schwelle zum Bundesstaat hat mit Grossbritannien eine seiner wichtigsten wirtschaftlichen Säulen aus der EU geekelt.

Ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, in dem Europa in den vielen globalen Konflikten all seine Einigkeit und Stärke bräuchte, droht der EU der unkontrollierte Bruch mit einem ihrer ökonomisch, weltpolitisch und nicht zuletzt militärisch wichtigsten Mitglieder. Der Brexit hängt wie eine dunkle Wolke über den Zukunftsaussichten des Kontinents. Nach dem britischen

„Ja“

zum EU-Austritt im Frühjahr 2016 war die Unsicherheit in Europa so groß, dass die Konjunktur sich spürbar abkühlte.

Es droht die Gefahr, dass der Brexit unterschätzt wird. Ein unkontrollierter Austritt Großbritanniens aus der EU sei weiterhin möglich, sagt Alexander Börsch, Chefökonom bei Deloitte Deutschland. Schließlich könnten die Verhandlungen über ein geordnetes Austrittsabkommen zwischen Brüssel und London durchaus vorzeitig scheitern. In diesem „Worst Case“ könne nichts ausgeschlossen werden: Die Unsicherheit an den Finanzmärkten und in der Realwirtschaft würde explodieren, auch die Konjunktur in Europa würde leiden.

Selbst im Fall eines geordneten Austritts Großbritanniens aus dem Binnenmarkt und der Zollunion drohen Verwerfungen. Großbritannien ist für Deutschland der drittgrößte Absatzmarkt nach den USA und Frankreich, im Jahr 2016 exportierten deutsche Firmen Waren im Wert von Euro 86,1 Milliarden auf die Insel. Einzelne Branchen würden besonders schwer getroffen, allen voran die Autoindustrie, Logistik, Handel und Energie.

Deloitte hat das Ende der Zollunion am Beispiel der deutschen Autobauer einmal durchgerechnet: Diese müssten nach dem Austrittsdatum am 31. März 2019 schlagartig mit Mehrkosten von 21% rechnen. Statt Zollfreiheit gälten die WTO-Zölle: 10% auf fertige Autos,

4,5% auf Autoteile. Obendrein hat das Pfund seit dem Referendum um 10% abgewertet. Gäben die Firmen diese Kostensteigerungen eins zu eins an die Kunden weiter, droht laut dieser Rechnung ein Absatzrückgang von 31%. Das ganze Produktionsmodell der Autobranche steht dann infrage. Denn die Lieferketten der Hersteller und ihrer Zulieferer verlaufen quer durch Europa, Autoteile kreuzen während der Produktion bisweilen mehrfach den Ärmelkanal.

Auch die deutschen Maschinenbauer fürchten um ihre Lieferketten.

London ist Europas Finanzzentrum, der Großteil des Euro-Clearings findet hier statt. Das Bundesfinanzministerium hatte bereits im März in einem internen Papier gewarnt: Ein Wegfall der EU-Lizenz für britische Banken könne

> *„gravierende ökonomische und stabilitätsrelevante Folgen“*

für die Euro-Zone haben.

4. Nahost Konflikte & Flüchtlingskrise

Im Nahen Osten toben seit Jahren verheerende Bürgerkriege in Syrien, Irak und Jemen, die Millionen von Flüchtlingen und auch immer wieder Terroristen nach Europa treiben. Zudem wächst die Kriegsgefahr zwischen den beiden Erzfeinden Saudi-Arabien und Iran.

Die Menschen in Europa und Deutschland spüren die Auswirkungen der Bürgerkriege im Nahen Osten am stärksten.

Von den knapp 120.000 Menschen, die 2017 nur bis Juli in Deutschland einen Antrag auf politisches Asyl gestellt haben, kam fast ein Viertel aus Syrien, 10% kamen aus dem Irak.

14% der Asylbewerber kamen hingegen aus afrikanischen Ländern wie Somalia, Nigeria und Eritrea. Vor allem jüngere Afrikaner sehen in der gefährlichen Flucht nach Nordafrika und von dort weiter über das Mittelmeer oft den einzigen Ausweg aus wirtschaftlicher Not. Die jüngste Migrationswelle über Libyen nach Italien ist nur ein weiteres Indiz dafür.

Glaubt man den Zahlen des Bundesinstituts für Berufsbildung, haben fast drei Viertel der Flüchtlinge aus Somalia, Eritrea und dem Irak keinen Schulabschluss. Das erschwert die Integration dieser Menschen in die bundesdeutsche Arbeitswelt.

Aber die Asylanten sind nur ein Teilaspekt.

Um politische Macht geht es im Nahen Osten. Die militärische Unterstützung Moskaus für den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad ist völkerrechtlich noch gedeckt. Darüberhinaus ist alles andere rechtswidrig wie die Stellvertreterkriege zwischen Iran und Saudi-Arabien im Jemen, der Feldzug der Türken gegen die Kurden – all das sind Positionskämpfe um Einfluss in der Region. Die größte Gefahr für die deutsche Wirtschaft wäre dabei ein offener militärischer Konflikt zwischen den verfeindeten Staaten Iran und Saudi-Arabien.

Mit beiden Ländern macht die deutsche Wirtschaft exzellente Geschäfte. Nach dem Atomabkommen mit Iran ist der deutsche Export dorthin um 30% kräftig angestiegen. Der Wert der deutschen Ausfuhren nach Saudi-Arabien beträgt fast das Dreifache. Auf der Importseite ginge ein Krieg zwischen Iran und Saudi-Arabien nahezu zwangsläufig mit drastisch steigenden Ölpreisen einher – Gift für die Weltkonjunktur.

Die größte Gefahr für Deutschland und seine Wirtschaft geht aber nach wie vor vom islamistischen Terrorismus aus.

Worst Case: Die USA und Russland geraten sich in die Haare.

5. Türkei Konflikt

“Türkenluis” Recep Tayyip Erdogan ist ein ständiger Unruhefaktor an der Südostflanke der EU.

Die größte Auslandstochter des deutschen Energieversorgers Eon hat ihren Sitz am Bosporus. Der Dax-Konzern Siemens erhält von den Türken einen Regierungsauftrag nach dem anderen. Europas größter Versicherer Allianz hat in Istanbul ein Innovationslabor gegründet, um neue Produkte zu entwickeln. Das bilaterale Handelsvolumen stieg 2016 um 4% auf Euro 37,3 Milliarden. Türkische Zulieferer sind wichtiger Bestandteil der Lieferketten in der deutschen Automobilindustrie. Auch in der Textilbranche geht fast kein Weg an türkischen Produzenten vorbei.

Die aktuellen Entwicklungen in der Türkei werden in den Chefetagen deutscher Konzerne daher mit Besorgnis wahrgenommen. Zuletzt sorgte eine Liste mit deutschen Unternehmen für Aufsehen, die angeblich Terrorgruppen unterstützen sollen. Auf der Liste standen unter anderem BASF und Daimler, insgesamt ging es um fast 700 deutsche Gesellschaften.

Das Vertrauen in den türkischen Rechtsstaat ist getrübt. Das liegt an den politischen Plänen der Führung in Ankara, aber auch an den derzeitigen Umständen, mit denen das Land seit zwei Jahren zu kämpfen hat: ein gescheiterter Putsch, der Zusammenbruch der geopolitischen Ordnung in der Region, gescheiterte Staaten in der türkischen Nachbarschaft, mehr als drei Millionen Flüchtlinge im Land, um die sich die Türkei kümmert.

Hinzu kommt, dass Präsident Erdogan regelmäßig die deutsch-türkischen Beziehungen ausreizt. Das mag politische oder taktische Gründe haben – zum Vertrauen in den türkischen Markt trägt es nicht bei. Derzeit droht die EU damit, die geplante Erweiterung der Zollunion mit der Türkei auf Eis zu legen.

6. Sinnloser Konflikt mit Russland

Das Verhältnis der Europas zu Russland ist seit der Ukraine-Krise – angezettelt duch die USA – zerrüttet. Über die skandalöse Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten der Ukraine unter Obama haben wir an anderer Stelle schon ausführlich berichtet.

Sanktionen haben den wechselseitigen Handel einbrechen lassen.

Das traditionsreiche Geschäft deutscher Unternehmen mit Russland ist schwer geworden. Siemens etwa ist in Russland bereits seit Mitte des 19. Jahrhunderts aktiv. Wie viele andere deutsche Firmen leidet Siemens unter den seit 2014 verhängten Strafmaßnahmen der EU. Erst im Juni hatte Brüssel die Sanktionen wegen des anhaltenden Ukraine-Konflikts um weitere sechs Monate verlängert. Anfang August verschärfte die EU dann zu allem Überfluss auch noch auf Vorschlag Deutschlands die Strafen wegen der unerlaubten Lieferung der Siemens-Turbinen auf die Krim.

Der US-Kongress hat ebenfalls die Sanktionsschraube angezogen und will damit vor allem den russischen Energiesektor treffen will – um seinem eigenen (Flüssiggas aus umweltschädlichem Frecking) wettbewerbswidrig zu fördern.

> *„Wichtige Projekte für die Versorgungssicherheit können zum Stillstand kommen, sollte es deutschen Unternehmen nicht mehr erlaubt sein, an russischen Gaspipelineprojekten mitzuwirken“,*

kritisiert der Außenwirtschaftschef des Deutschen Industrie- und Handelskammertags, Volker Treier, die Folgen für die deutsche Wirtschaft.

Treier weitere:

> *„Die neuen US-Sanktionen gegen Russland machen uns Sorgen.“*

Fast zwei Drittel der deutschen Firmen, die in Russland aktiv sind, erwarteten laut einer Umfrage der Deutsch-Russischen Außenhandelskammer wieder steigende Umsätze. Vor allem die deutschen Maschinenbauer schöpften neue Hoffnung: Nach Angaben des Branchenverbandes VDMA stiegen die Ausfuhren nach Russland um etwa 20%.

Und da kommen diese Schikanen mit konstruierten Begründungen.

Zugleich hat die Ukraine-Krise auch zu einer Aufrüstung im benachbarten Baltikum geführt. Dort startete die Nato Mitte Juni ein Großmanöver mit mehr als 10.000 Soldaten aus 13 Ländern. Die Militärübung lief unter dem vielsagenden Namen „Abschreckung“. Russland hat bereits mit einem gemeinsamen Manöver mit Weißrussland unter dem Motto „Der Westen“ geantwortet.

Trump sprach zuletzt davon, dass sich die Beziehungen zwischen den USA und Russland auf

> *„einem Tiefpunkt“*

befinden. Solche Worte kannte man bislang nur aus Zeiten des Kalten Krieges.

6. Venezuela

In Venezuela reißt Präsident Nicolás Maduro jenes Land ins Chaos, das nach Angaben der Opec über die weltweit größten Ölvorkommen verfügt.

Venezuela ist zu einem Pulverfass geworden – mit sogar potenziell weltpolitischen Konsequenzen. Denn im Karibikstaat, der nur drei Flugstunden südlich der USA liegt, messen sich die Weltmächte Russland, China und die USA wie zuletzt im Kalten Krieg um Kuba.

Kuba liefert Venezuelas Regierung seit langem Personal und Expertise bei der Organisation des Geheimdienstes und der Unterdrückung der Opposition – und wird dafür mit Öl bezahlt. Russland und China unterstützen das Regime mit Krediten im Hinblick auf die Ölvorkommen.

Für Russlands Präsidenten Putin bietet Venezuela die Chance, im strategischen Hinterhof der USA Fuß zu fassen. China, der mit Abstand größte Gläubiger Venezuelas, besitzt mit seinem Einfluss auf das Regime in Caracas nun ebenfalls eine wichtige Karte im geopolitischen Kräftemessen.

Die USA werden in ihrem “Hinterhof” ihrer Rolle als geopolitische Vormacht nicht mehr gerecht. Sie werden zum Hampelmann.

FAZIT

In der Vergangenheit schaute die Welt in Krisenzeiten hilfesuchend nach Amerika. Aber seit der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten sind die Vereinigten Staaten selbst ein Unsicherheitsfaktor geworden, noch mehr eine unberechenbare Zeitbombe als sie es schon in der Vergangenheit waren.

> *„Amerika ist jetzt eine gefährliche Nation“,*

warnte der Kolumnist der „Financial Times“, Gideon Rachman, kürzlich mit Blick auf das jüngste Säbelrasseln Trumps gegenüber Nordkorea, China und Venezuela.

Der bedeutende Investor Ray Dalio,

Chef des weltgrößten Hedgefonds Bridgewater,

hat längst wegen der wachsenden politischen Gefahren zum Rückzug geblasen. Seine Firma reduziere die Risikoanlagen, weil die Wahrscheinlichkeit gestiegen sei, dass künftige politische Konflikte schlecht gemanagt würden, teilte Dalio mit und meinte damit vor allem das Führungschaos im Weißen Haus. Ob die zahlreichen geopolitischen Krisen gelöst werden, befürchtet der Hedgefonds-Manager,

> *„wird einen größeren Effekt auf die Wirtschaft, die Märkte und unser allgemeines Wohlbefinden haben als die klassische Geld- und Fiskalpolitik“.*

Es sind nicht mehr nur die ökonomischen Probleme, die weltweit Wachstum und Wohlstand bedrohen. Es sind vielmehr die vielen schwelenden politischen Krisen, die von den USA nicht gelöscht, sondern im Gegenteil noch befeuert werden.

Behält der amerikanische Finanzinvestor recht, dann ist es auch mit der deutschen Glückseligkeit bald vorbei. Keine andere Wirtschaftsnation ist so vernetzt wie Deutschland. Fast jeder vierte Arbeitsplatz hängt hierzulande direkt vom Export ab. Indirekt ist es sogar jeder zweite. Die Exportquote, also der Anteil der Ausfuhren an der gesamten Wirtschaftsleistung, lag zuletzt bei bedrohlich hohen 46%.

Politische Krisen oder gar Kriege sind deshalb Gift für die deutsche Wirtschaft. Sie unterbrechen Handelswege, zerstören internationale Wertschöpfungsketten und schotten wichtige Märkte ab.

> *„Die bekanntesten Störfaktoren (für die Wirtschaft) sind die Entscheidung Großbritanniens, die EU zu verlassen, und der Sieg von Donald Trump bei der Präsidentschaftswahl in den USA“,*

schreiben die Autoren des

„Global Risk Report 2017“

vom World Economic Forum (WEF) in Genf. Das WEF befragt alljährlich weltweit rund 750 Risikoexperten aus den Bereichen Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und der Zivilgesellschaft, wo die größten Gefahren für die Weltwirtschaft lauern. Die geopolitischen Risiken standen diesmal weit oben auf ihrer Liste.

Nicht zuletzt verweisen die WEF-Experten noch auf weitverbreitete Ängste in der Bevölkerung vor einem kulturellen Identitäts- und Kontrollverlust durch Migration, Globalisierung und den dadurch ausgelösten rapiden Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft.

> *„Dass wir momentan so viele geopolitische Krisen erleben, ist ein Spiegelbild des zunehmenden Nationalismus“*

meint der Ökonom Fratzscher

> *„Der wirtschaftliche Protektionismus wird von den geopolitischen Krisen geschürt.“*

Im Falle der USA gilt das auch umgekehrt: Mit ihrem wirtschaftlichen Nationalismus befeuern die USA geopolitische Konflikte, etwa mit China.

Warum berichten wir darüber auf dieser Webseite?

Man muss sich der Gefahren bewusst sein.

> *“Gefahr erkannt, Gefahr gebannt”*

lautet eine alte Weisheit.

Familien, die ihre Vermögenswerte über Jahrzehnte - ja: Jahrhunderte - haben erhalten können schafften das nur, weil sie nicht alle Vermögenswerte nur in einem einzigen Land bzw. einem einzigen Kontinent hielten.

1. Man muss seine Vermögenswerte in unterschiedlichen Jurisdiktionen verteilen und darf sich nicht scheuen, dabei Europa zu verlassen.
2. Man muss in diversen Dingen anlegen, dazu gehört auch Gold, neuerdings der Bitcoin,
3. Man muss alles diskret gestalten. Dabei geht es gar nicht um Steuerhinterziehung. In all den Jahrtausenden, die geschichtlich überliefert sind, haben Herrscher immer versucht, an die Vermögenswerte ihrer Untertanen zu kommen. Keine staatliche Obrigkeit darf zu viel wissen. Intelligent aufgebaute Strukturen dienen der Sicherheit. Diese sind zu verbinden mit diskreten Banken und weiteren qualifizierten Finanzdienstleistern. Automatisierter Informationsaustausch CES / AIA : All das lässt sich neutralisieren, wenn man weiss, wie das funktioniert. Das Grundrecht auf Privatsphäre existiert noch – aber nur noch für diejenigen, die sich darum bemühen.

ZUM KONTAKTFORMULAR[/vc_column_text][/vc_column][/vc_row]